

**NIEDERSCHRIFT**  
**ÜBER DIE 41. SITZUNG DES KREISAUSSCHUSSES**  
**– ZUM TEIL GEMEINSAM MIT DEM FINANZAUSSCHUSS –**  
**IN DER 10. WAHLPERIODE AM 11. SEPTEMBER 2017 IN BAD EMS**

---

Es sind anwesend:

**Vorsitzender:**

Herr Landrat Frank Puchtler

**Kreisbeigeordnete:**

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram ..... Nievern  
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim..... Obernhof

**Mitglieder des Kreisausschusses bzw. deren *Vertreter*:**

Herr Aslan Basibüyük ..... Dachsenhausen  
Herr Günter Groß ..... Lahnstein  
Herr Werner Groß ..... Lahnstein  
Herr Bernd Hartmann..... Gemmerich  
Herr Matthias Lammert ..... Diez  
Frau Gabriele Laschet-Einig ..... Lahnstein  
Herr Udo Rau ..... Nassau  
Herr Michael Schnatz ..... Diez  
Herr Josef Winkler..... Bad Ems  
Frau Rita Wolf ..... Braubach

**Es fehlen:**

Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst ..... Niederneisen  
Herr Carsten Göller ..... Eschbach  
Frau Monika Becker ..... Winden

**Mitglieder des Finanzausschusses bzw. deren *Vertreter*:**

Herr Klaus Brand..... Ehr  
Herr Oskar Floeck..... Bad Ems  
Herr Manfred Friesenhahn ..... Weisel  
Herr Lars Gemmer ..... Dahlheim  
Herr Frank Holzhäuser..... Diez  
Herr Franz Lehmler ..... Nievern  
Herr Hans-Wilhelm Lippert..... Scheidt  
*Frau Marlene Meyer.....Arzbach*  
Herr Leo Neydek..... Kemmenau  
Herr Oliver Sacher ..... Gemmerich  
*Frau Evelin Stotz .....Schiesheim* (ab A.2, 08.50 Uhr)

**Es fehlen:**

Frau Eva Schmidt..... Singhofen  
Herr Jörg Denninghoff ..... Allendorf  
Herr Dietmar Meffert ..... Diez

**Von der Verwaltung:**

Herr Büroleiter Friedhelm Rücker  
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche  
Frau Severin Holl, Abteilung 9 (zu A)  
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri (öT)  
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze (öT)  
Herr Abteilungsleiter Joachim Klein (zu A)  
Frau Theresa Clos, Abteilung 4 (zu A)  
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel (zu A)  
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius (zu A)  
Frau Bettina Riehl-Rosenthal, Finanzcontrolling (zu A)  
Herr Uwe Rindsfüßer  
Herr Timm Jörnhs (öT)  
Anwärter und Auszubildende der Kreisverwaltung

**Gäste:**

Herr Egenolf, Rhein-Lahn-Zeitung (öT)

**Schriftführerin:**

Frau Anna Weispfennig

Der **Vorsitzende** eröffnet um 08.35 Uhr die gemeinsame öffentliche Sitzung des Kreis- und Finanzausschusses. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der beiden Gremien fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 01. September 2017 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen bzw. Änderungswünsche vorgetragen, so dass diese wie folgt beschlossen wird:

**(A) Öffentliche Sitzung von Kreis- und Finanzausschuss**

1. Jahresrechnung des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2016
2. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;  
Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 (inkl. Anlagen)
3. Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes

## **(B) Sitzung des Kreisausschusses:**

### **I. Öffentliche Sitzung:**

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung von Gebühren nach lebensmittel-, fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften
3. Rhein-Lahn-Schulbauprogramm;  
Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Nachtragsleistungen zu Elektroinstallationsarbeiten zum Brandschutz in der IGS Nastätten
4. Kreiszuwendungen zum Ausbau der U3 Betreuung im Rhein-Lahn-Kreis
5. Bundesgartenschau 20131
6. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen- und mitglieder
7. Mitteilungen der Verwaltung; Verschiedenes

### **II. Nichtöffentliche Sitzung:**

1. Personalangelegenheiten
2. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

## **(A) Öffentliche Sitzung von Kreis- und Finanzausschuss**

### **Punkt 1:**

#### **Jahresrechnung des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2016**

Der **Vorsitzende** erläutert kurz die Sitzungsvorlage. Er trägt insbesondere die dargestellten Verbesserungen und Verschlechterungen vor. Er weist darauf hin, dass trotz der eingetretenen Verbesserungen eine Überschuldung des Kreises gegeben sei. Er nimmt Bezug auf die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 05.09.2017 und bittet Herrn Brand als Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses um Berichterstattung.

Herr **Brand** berichtet über die Prüfung des Rechnungsprüfungsausschusses. Er nimmt u. a. Bezug auf den Bereich der ambulanten Jugendhilfe sowie der Personalkostenabrechnungen im Bereich der Kindertagesstätten. Hier gebe es erste Verbesserungen der Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr.

Er werde dem Kreistag im Rahmen seiner Berichterstattung die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2016 sowie die Entlastung des Landrats und der Beigeordneten vorschlagen.

Der **Vorsitzende** dankt Herrn Brand für seine Ausführungen. Er weist darauf hin, dass die Thematik der Personalkostenabrechnungen im Bereich der Kindertagesstätten auch im Rahmen der nächsten Trägerkonferenz erörtert werde. Die Jahresrechnung werde auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages genommen.

Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

## **Punkt 2:**

### **Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;**

### **Einbringung der Nachtragshaushaltssatzung mit dem Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 (inkl. Anlagen)**

Der **Vorsitzende** weist auf die Ausführungen im Rahmen des Nachtragshaushaltsplans sowie der Sitzungsvorlage hin. Bei den Finanzaufwendungen ergebe sich im Ergebnishaushalt eine Verbesserung von rund 1,6 Millionen Euro, diese ergebe sich allerdings in erster Linie aufgrund geänderter Vorschriften hinsichtlich der Bilanzierung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft. Bereinigt ergebe sich daher eine Verbesserung gegenüber den ursprünglichen Planwerten von rd. 113.000 €.

Er trägt die im Vorbericht zum Nachtragshaushaltsplan dargestellten wesentlichen Verbesserungen und Verschlechterungen vor. Der Konsolidierungskurs müsse weiter fortgesetzt werden. Hierzu bedarf es einer vorausschauenden Kalkulation. Er weist darauf hin, dass ein negatives Eigenkapital ausgewiesen sei und der Kreis weiterhin überschuldet sei.

In die Beratung wolle er ebenfalls den zwischenzeitlich vorliegenden Widerspruchsbescheid der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion einbringen. Zusammenfassend habe der Widerspruch in der Sache keinen Erfolg, da auf die Überschuldung des Kreises verwiesen werde. Er wolle die Thematik mit in die Diskussion einbringen. Er bitte jedoch darum, den Nachtrag in der gewohnten Form zu begleiten.

Herr **Lehmle** führt an, dass es von erheblicher Bedeutung sei, wie sich das Zinsniveau entwickeln werde. Dies stelle ein Risiko dar.

Herr **Lammert** merkt an, dass die positiven Auswirkungen, die sich im Nachtragshaushalt darstellten, den Konsolidierungskurs bestätigten. Man wolle mit der Umsetzung des Turnhallenkonzeptes beginnen. Dies sei auch umsetzbar gewesen, weshalb er die Entscheidung der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion bedauere. Dies hat somit eine Verzögerung um ein Jahr zur Folge. Hier habe die ADD zu kurzfristig gedacht. Zudem führt er an, dass auch die Gemeinden hätten mehr entlastet werden können durch eine Umlagesenkung um 0,8 % entsprechend des Antrages der CDU und FWG-Kreistagsfraktionen.

Herr **Rau** bittet darum, den Fraktionen den Widerspruchsbescheid der ADD zukommen zu lassen.

Herr **Neydek** führt aus, dass die Folgen bei einer Senkung der Umlage zu bedenken gewesen seien, weshalb man hier vorsichtig gewesen sei.

Herr **Rau** fragt an, ob weitere Änderungen im Rahmen des Nachtrages zu erwarten seien.

Herr **Menche** führt an, dass dies nicht geplant sei.

Die Mitglieder des Kreis- und Finanzausschusses nehmen die Informationen zum Widerspruchsbescheid der ADD zum Haushalt 2017 zur Kenntnis. Die Thematik soll als Tagesordnungspunkt in der nächsten Kreistagssitzung behandelt werden.

Der Kreisausschuss und der Finanzausschuss empfehlen dem Kreistag einstimmig, die Nachtragshaushaltssatzung und den Nachtragshaushaltsplan (inkl. Anlagen) für das Haushaltsjahr 2017 in der vorliegenden Fassung zu beschließen.

### **Punkt 3:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes**

Seitens der Verwaltung liegen keine Mitteilungen vor.

Herr **Holzhäuser** merkt hinsichtlich des Downloads von Sitzungsunterlagen an, dass hier freies WLAN wichtig sei, damit effektiv gearbeitet werden könne. Ebenso sei von Bedeutung, dass entsprechende Kapazitäten für eine effektive Nutzung vorhanden seien, beispielsweise durch Geräte, die zur Verfügung gestellt werden. Er erkundigt sich zudem nach einem Ratsinformationssystem.

Der **Vorsitzende** weist in diesem Zusammenhang auf die Kosten hin. Es sei zunächst die Möglichkeit des Downloads größerer Sitzungsunterlagen ausgearbeitet worden, da dieses schnell und ohne zusätzliche Kosten umsetzbar sei.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** den *gemeinsamen* Sitzungsteil von Kreisausschuss und Finanzausschuss um 09.01 Uhr und verabschiedet die Mitglieder des Finanzausschusses. Anschließend eröffnet er den Sitzungsteil (B).

## **(B) Sitzung des Kreisausschusses**

### **I. Öffentlicher Sitzungsteil:**

#### **Punkt 1:**

#### **Genehmigung der Niederschrift vom 14.08.2017**

Gegen die Niederschrift über die 40. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode am 14.08.2017 werden *keine* Einwendungen erhoben, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

#### **Punkt 2:**

#### **Satzung des Rhein-Lahn-Kreises über die Erhebung von Gebühren nach lebensmittel-, fleisch- und geflügelfleischhygienerechtlichen Vorschriften**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage. Die Satzung sei mit den beteiligten Stellen abgestimmt worden. Die Höhe der Gebühren sei auch existenziell für die Betriebe.

Her **Rau** führt aus, dass es im Sinne der Betroffenen sei, dass es sich hier nicht um die errechneten Werte handele. Für die Jäger sei allerdings ein Preisanstieg von 2 auf 4 € zu verzeichnen. Auch wenn die Gebühren nicht hoch angesetzt seien handele es sich prozentual um einen hohen Anstieg.

Herr **Dr. Dietze** führt aus, man habe mit den Verbänden und dem Kreisjagdmeister gesprochen. Er betont, dass man immer noch an der unteren Bemessungsgrenze liege.

Frau **Wolf** merkt an, die Verwaltung habe alle Aspekte, die angeregt worden seien, besprochen und geprüft. Man wolle noch gerne ein Gespräch führen, sei aber grundsätzlich einverstanden.

Herr **Lammert** führt an, man wolle noch gerne ein Gespräch mit Kreisjagdmeister und Jägerschaft suchen. Ansonsten sei man einverstanden. Er regt an, eine Entscheidung erst im nächsten Kreistag zu treffen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung soll in der nächsten Sitzung des Kreistages erfolgen.

### **Punkt 3:**

#### **Rhein-Lahn-Schulbauprogramm;**

#### **Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Nachtragsleistungen zu Elektroinstallationsarbeiten zum Brandschutz in der IGS Nastätten**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage. Insgesamt seien Nachtragsleistungen in Höhe von rd. 48 T€ zu vergeben. Diese Leistungen seien so zum Zeitpunkt der Leistungsverzeichniserstellung der Hauptangebote für den Planer nicht ersichtlich gewesen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses beschließen einstimmig, der Firma Elektro Palm aus 56357 Gemmerich den Auftrag für die „Elektroarbeiten – Alarmierung“ zum Bruttoangebotspreis von 16.383,63 € sowie den Auftrag für die „Elektroarbeiten, Kabelbahnen mit Funktionserhalt“ zum Bruttoangebotspreis von 31.878,86 € zu erteilen

### **Punkt 4:**

#### **Kreiszuwendungen zum Ausbau der U3 Betreuung im Rhein-Lahn-Kreis**

*Da bei Herrn Hartmann Ausschließungsgründe nach § 16 Landkreisordnung vorliegen, nimmt er nicht an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.*

Der **Vorsitzende** führt zunächst aus, dass die Thematik der Richtlinien für die Kreiszuwendungen Thema der Jugendhilfeausschusssitzung unter Beteiligung des Kreisausschusses sein solle.

Herr **Lammert** nimmt Bezug auf die aktuelle Rechtsprechung. Hier sei in einem Urteil ausgeführt, dass es eine höhere Bezuschussung geben müsse. Er erkundigt sich, ob die dargestellte Bezuschussung daher rechtlich in Ordnung sei.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass die Richtlinien des Kreises in der Überarbeitung seien. Aktuelle Maßnahmen liefen nach den derzeitigen Regelungen und seien z. T. auch bereits im vergangenen Jahr abgestimmt worden.

Herr **Rau** merkt an, dass sich hier das Problem einer Ungleichbehandlung ergeben könnte. Das geplante Projekt in Nassau solle nach den neuen Richtlinien behandelt werden. Er erkundigt sich daher, ob die dargestellte Bezuschussung auch so vor Ort abgestimmt worden sei. Es könnte sich ansonsten die Situation ergeben, dass verschiedene Projekte gleichzeitig mit einer unterschiedlichen Förderung beginnen.

Der **Vorsitzende** bittet darum, dass mit den Projekten wie dargestellt begonnen werden könne. Sofern sich nachträglich Verbesserungsmöglichkeiten ergeben würden, könnte über die Verfahrensweise gesprochen werden, ob eine nachträgliche Mitberücksichtigung erfolgen kann. Solange noch keine neue Regelung gelte, müsse man sich an die aktuel-

len Richtlinien halten.

Herr **Winkler** führt an, die Anträge würden in Kenntnis der Richtlinien gestellt. Sofern kein Vorbehalt in den Anträgen aufgenommen sei, bestehe keine Verpflichtung zu einer nachträglichen Änderung.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass es in den Gesprächen Hinweise auf den Handlungsbedarf in diesem Bereich gegeben habe.

Herr **Rau** merkt an, dass es eine faire Behandlung geben solle und die in Aussicht stehende Änderung der Rechtslage kommuniziert worden sein sollte. Eine nachträgliche Partizipation solle dann möglich sein.

Herr **Winkler** führt an, dass die Anträge so angenommen werden könnten, wenn dies in den Gesprächen so abgestimmt und kommuniziert worden sei. Er weist darauf hin, dass, sofern die geltende Richtlinie rechtswidrig sei, dieser Zustand schon länger gegeben sei. Es handele sich hier also nicht um einen Automatismus, es stelle sich die Frage, inwiefern und in welchem zeitlichen Umfang hier noch eine Berücksichtigung erfolgen könnte.

Frau **Wolf** ergänzt, dass die Träger informiert seien.

Der Kreisausschuss beschließt einstimmig die Bezuschussung der folgenden Maßnahmen:

- Erweiterung der Kom. Kita Dörsdorf um einen Schlafräum für U3 - Kinder und einen Personalraum: 9.000,00 €
- Erweiterung der Kom. Kita Gemmerich um einen Schlafräum für U3 - Kinder:  
3.912,00 €
- Erweiterung der Ev. Kita Birlenbach um zwei Gruppenräume und Intensivräume:  
12.000,00 €.

Die Förderungen sollen im Rahmen der geplanten Neuregelung der Richtlinien zu gegebener Zeit erneut besprochen werden.

### **Punkt 5:**

#### **Bundesgartenschau 2031**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass Gespräche stattfinden, wie eine Bundegartenschau formell gestaltet werden könne und nimmt Bezug auf die Machbarkeitsstudie. Er werde hierzu weiter informieren.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

## **Punkt 6:**

### **Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und -mitglieder**

#### **a) Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion – Entwicklung der Kindertagesstätten im Rhein-Lahn-Kreis**

Der **Vorsitzende** führt aus, dass eine stetige Entwicklung zu sehen sei. Er nimmt Bezug auf den positiven Standortfaktor. Zu Frage 2 führt er aus, dass die Umsetzung von aktuellen Platznachfragen Schwerpunkt sei. Dies beinhalte zum einen bauliche Gegebenheiten, zum anderen einen zusätzlichen Personalbedarf. Das Thema Fachkräftemangel zeige sich auch in diesem Bereich. Es gebe eine große Nachfrage insbesondere in den Städten. Es werde versucht, hierfür Lösungen zu finden.

Er führt aus, dass der Personalschlüssel im Rhein-Lahn-Kreis etwas besser als im hessischen Bereich sei. Er nimmt auch Bezug auf die Standorte im hessischen Grenzbereich. Hier würden zum Teil auch Kinder aus Hessen mit betreut. Hier gebe es auch individuelle Lösungen.

Zu Planungen hinsichtlich der Betreuungsquote führt er an, dass diese sukzessiv weiter angehoben werden solle.

Der Abruf der Bundesmittel erfolge aus Kreissicht konsequent und werde entsprechend dem Baufortschritt ausgezahlt. Die Mittel im Rahmen des Betreuungsgeldes werde den Trägern im Antragsverfahren zur Verfügung gestellt.

Herr **Rau** merkt an, der Abruf der Bundesmittel erfolge sehr zögerlich. Er nimmt hierzu Bezug auf das Landesjugendamt. Es gebe jetzt eine Richtlinie, er hoffe, dass sich die Situation verbessere.

Der **Vorsitzende** führt aus, dass stets alles versucht werde umzusetzen, was in den Möglichkeiten des Kreises stehe. Er betont hier das hohe Engagement auch der Mitarbeiter der Fachabteilung.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

#### **b) Mündliche Anfrage von Herrn Winkler, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, zum Anbau auf dem Feld entlang der B 260 zwischen Lahnstein und Bad Ems in der Sitzung des Kreisausschusses am 14.08.2017**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Anfrage in der Sitzung am 14.08.2017. Er führt hierzu aus, dass es sich hier um eine private landwirtschaftliche Maßnahme handele, bei der es um verschiedenes Saatgut gehe.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

#### **c) Anfrage des Kreistagsmitglieds Frau Wahlers zur Postzustellung**

Der **Vorsitzende** erläutert, dass eine Anfrage von Frau Wahlers zu einer reduzierten

Postzustellung vorliege. Er führt an, dass diese Anfrage von der Verwaltung an die Deutsche Post weitergegeben werde. Sobald eine Antwort vorliege, wird diese weitergegeben.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis. Eine entsprechende Anfrage an die Deutsche Post soll weitergeleitet werden.

### **Punkt 7:**

#### **Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes**

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Rettungsleitstelle Montabaur. Man habe sich hier bereits auf der Ebene der Landräte verständigt. Es sei vor einigen Jahren bewusst diese Leitstelle eingerichtet worden. Hierzu haben alle ihren Beitrag geleistet. Es handele sich aus seiner Sicht um einen auch räumlich gut gelegenen Standort. Man wolle sich hier gemeinsam dafür einsetzen, dass die Leitstelle auch langfristig erhalten bleibe.

Herr **Lammert** erkundigt sich nach einem Informationsblatt für Flüchtlinge.

Der **Vorsitzende** führt an, er werde hier nachfragen.

Hinsichtlich des Termins der Sitzung des Kreisausschusses, zum Teil gemeinsam mit dem Finanzausschuss, führt er aus, dass angeregt worden sei, diesen wegen des Termins der Hauptversammlung des Gemeinde- und Städtebundes zu verschieben.

Er merkt an, dass im Rahmen der Sitzungsplanung eine Rückfrage an den Gemeinde- und Städtebund hinsichtlich des Termins erfolgt sei. Zu diesem Zeitpunkt habe der Termin von dort allerdings noch nicht festgestanden. Um dies künftig zu vermeiden bittet er auch die Gremienmitglieder, eine frühzeitige Abstimmung auch beim Gemeinde- und Städtebund anzuregen.

Nach kurzer Aussprache wird der Termin für den Kreisausschuss, zum Teil gemeinsam mit dem Finanzausschuss, auf den 14.11.2017 gelegt.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** den *öffentlichen* Sitzungsteil der Kreisausschusssitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

## II. Nichtöffentlicher Sitzungsteil

(...)

Nachdem sich *kein* weiterer Beratungsbedarf ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 41. Sitzung des Kreisausschusses in der 10. Wahlperiode um 09.46 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

gez.

(Frank Puchtler)  
Landrat

**Die Schriftführerin:**

gez.

(Anna Weispfennig)